

Ana M. Mustapic

Das argentinische Parteiensystem von 1983 bis 2001

Seit 1983 nahmen die Argentinier an zahlreichen Präsidentschafts-, Parlaments-, Provinz- bzw. Kommunalwahlen teil. Vor dem Hintergrund einer durch die politische Instabilität gekennzeichneten Vergangenheit ist die bislang nicht gekannte Regelmäßigkeit der Urnengänge und der Wettbewerb zwischen den Parteien ein deutliches Zeichen für die Legitimation des demokratischen Weges zur Macht. Zur gleichen Zeit bietet diese Kontinuität eine interessante Möglichkeit, die Leistungen des argentinischen Parteiensystems nach 18 Jahren Demokratie zu bilanzieren.

Für den gesamten Zeitraum lassen sich zusammenfassend folgende Fakten festhalten: Bei den Wahlen im Jahr 1983 traten die zwei traditionellen Parteien Argentiniens, die *Unión Cívica Radical* (UCR) und der *Partido Justicialista* (PJ), gegeneinander an. Das durch diesen Urnengang gefestigte Zweiparteiensystem setzte das traditionelle Wahlverhalten im Lande fort. Dagegen stellte der Wahlsieg der UCR ein Novum dar, zumal der gesunde Menschenverstand mit dem Erfolg des PJ auf Grund ihrer früheren Überlegenheit rechnete. Zum Zweiparteiensystem gesellte sich später ein weiteres Novum: der friedliche Wechsel bei der Machtausübung. Dies geschah erstmals 1989, als der PJ den Staatspräsidenten stellte, nachdem die Regierung Raúl Alfonsín wegen des wirtschaftlichen Desasters fünf Monate vor dem Ende der regulären Amtszeit zurücktreten musste. Bemerkenswert daran ist die Tatsache, dass eine viel harmlosere Krise als die Hyperinflation wenige Jahrzehnte zuvor Anlass zu einem Militärputsch gegeben hätte. Im Jahr 1989 bekam die Amtsübergabe hingegen eine ganz andere Bedeutung: Es war das erste Mal in der argentinischen Geschichte, dass eine demokratisch gewählte Regierung in freien Wahlen auf friedlichem Wege einer auch frei gewählten Mannschaft einer anderen politischen Farbe die Amtsgeschäfte übergab. Ab 1989 zeichnete sich der PJ als vorherrschende Partei ab, als er drei aufeinander folgende Parlamentswahlen und die Präsidentschaftswahl im Jahr 1995 erneut gewann. Die Parlamentswahlen 1997 und die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl 1999 kehrten diesen Trend um und brachten zwei weitere Neuigkeiten: einerseits das Erscheinen einer neuen politischen Kraft, die aus

der UCR und der neu entstandenen FREPASO – Front für ein solidarisches Land – gebildete Allianz; andererseits die erstmalige Wahlniederlage des PJ während ihrer Regierungszeit. Die Parlamentswahlen 2001 führten schließlich zu einer verheerenden Niederlage der Alianza, wobei der hohe Prozentanteil der ungültigen bzw. leer abgegebenen Stimmzettel die Notwendigkeit einer Anpassung des Parteiensystems unmissverständlich deutlich machte. Betrachtet man diesen Prozess vor dem Hintergrund der instabilen und konfliktlastigen politischen Geschichte Argentiniens, so ist die stabilen Demokratien eigene Selbstverständlichkeit hervorzuheben, mit der die in Folge der Wahlen 1983-2001 aufgetretenen, bislang unbekanntenen Erscheinungen im Rahmen der bestehenden Spielregeln absorbiert wurden. Dies gilt auch für die kritische Situation im Dezember 2001, die den Rücktritt des 1999 mit klarer Mehrheit gewählten Präsidenten De la Rúa und der Ablösung der Regierung der Alianza durch eine der Peronisten bewirkte. Dies gilt auch für die kritische Situation im Dezember 2001, die zum Rücktritt des 1999 mit klarer Mehrheit gewählten Präsidenten De la Rúa und der Ablösung der Regierung der Alianza durch die Peronisten führte. Die darauffolgenden Regierungswechsel, die in kurzer Zeit zu nicht weniger als fünf Präsidenten führten, vollzogen sich in Einklang mit den gesetzlichen Nachfolge-Bestimmungen für den Vakanzfall (*Ley de Acefalía*).

Die Stabilisierung des demokratischen Systems bedeutet aber nicht automatisch eine Festigung des Parteiensystems. Unsere kurze und vereinfachte Darstellung der Wahlen und Parteien lässt jedoch erkennen, dass sich das Parteiengefüge eindeutig gewandelt hat. Im Folgenden sollen diese Veränderungsprozesse untersucht werden. Dabei bevorzugen wir es von "Parteiensystemen" im Plural zu sprechen, um die große Flexibilität in den Beziehungen zwischen den Parteien sowie zwischen diesen und den Bürgern zu unterstreichen. Unsere Darstellung ist folgendermaßen aufgebaut: Im ersten Teil wird der 1983 angelaufene Prozess historisch eingeordnet. Im zweiten Teil soll das Parteiensystem am Beispiel dreier Schlüsselwahlen – der von 1983, 1995 und 1997 – und ihrer Auswirkungen auf die Regierungsbildung untersucht werden. Teil drei behandelt die Konfrontationslinien zwischen den und innerhalb der Parteien sowie zwischen ihnen und ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Basis. Abschließend wird ein Resümee gezogen.

1. Der geschichtliche Hintergrund

Im Dezember 1983 machte sich Argentinien, einmal mehr, auf den Weg der Demokratie, belastet mit den Hinterlassenschaften eines im Jahr 1976 errichteten, blutigen Militärregimes: den Auswirkungen der Repression, eines verlorenen Krieges und einer hoch verschuldeten und verarmten Volkswirtschaft. Verständlicherweise wurde Mitte 1982 die Ankündigung der demokratischen Öffnung von vielsagenden Zeugnissen demokratischer Gesinnung begleitet. Dabei ist vor allem die enorme Zahl neuer Parteimitglieder hervorzuheben. Im März 1983 meldeten die offiziellen Angaben 2.966.472 Parteibeiträge, von denen 1.489.565 auf die Justizialistische Partei (PJ), 617.251 auf die Radikale Bürgerunion (UCR) und der Rest auf Splitterparteien entfielen (*El Bimestre Económico* 1983: 67). Die beiden großen Parteien nationaler Verbreitung – die UCR und der PJ – standen wiederum im Mittelpunkt der Wählersympathie.

Trotz der wichtigen Unterschiede zwischen beiden Parteien weist ihre Geschichte ein gemeinsames Merkmal auf: Ihr Auftreten im öffentlichen Leben spaltete die politische Landkarte des Landes entlang ideologischer Trennlinien und stark personalisierter Stile. Die UCR, die älteste Partei, entstand 1890 als eine sich gegen "das System" stellende Partei, die das Machtmonopol der Oligarchie bekämpfte. Im Namen der Wahlfreiheit und des Respekts vor der Verfassung stand die UCR für eine Bewegung, deren Identität sich um einen, mit moralischen Tönen versehenen Gegensatz zwischen "der Sache" (dem radikalen Volk) und "dem Regime" (der alten konservativen Elite) bildete. Ihre Herausforderung der bestehenden Institutionen mittels einer militant durchgesetzten Wahlenthaltung veranlasste den reformorientierten Flügel der führenden Klasse zu einer Änderung des Wahlsystems. Kurze Zeit nach deren Verabschiedung im Jahr 1912 wurde die UCR durch ihren Wahlsieg in den Präsidentschaftswahlen 1916 zur stärksten politischen Kraft. Von 1916 bis 1930 regierten Argentinien radikale Präsidenten, während die Partei und das Land sich zunehmend zwischen Anhängern und Gegnern des charismatischen UCR-Vorsitzenden Hipólito Yrigoyen (Präsident von 1916 bis 1922 und von 1928 bis 1930) spalteten. Im September 1930 wurde Yrigoyen während seiner zweiten Amtszeit durch einen Militärputsch aus dem Amt vertrieben. Sein Sturz leitete eine lange Periode gescheiterter Anstrengungen ein, um eine stabile demokratische Ordnung einzurichten.

Erst knappe 16 Jahre später und nach einem erneuten Militärputsch im Jahr 1943 wurden wiederum freie Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Sie

brachten 1946 – unter der charismatischen Führung des Generals Juan D. Perón – die justizialistische Partei an die Macht. Dank seinem Aufbau als Bewegung und seiner Verwurzelung in der Industriearbeiterschaft wurde der Peronismus zu einer hegemonialen Kraft, die das politische Leben Argentiniens fortan beherrschte und das Land in zwei gegensätzliche Lager spaltete, die die Logik der gegenseitigen Verneinung aus der Zeit Yrigoyens zu neuem Leben erweckte. Die alte Trennlinie zwischen “der Sache” und “dem Regime”, die in den dreißiger Jahren ihre Wirkung eingebüßt hatte, wurde ab Mitte der vierziger Jahre durch eine, aus der Perspektive der politischen Institutionen des Landes gesehen, ähnlich abrupte Trennlinie zwischen “Peronisten” und “Antiperonisten” abgelöst.

Nach dem Militärputsch, der im Jahr 1955 General Perón stürzte, wurde die argentinische Gesellschaft mit polarisierenden Deutungsmustern konfrontiert: Für die Einen verbanden sich die Institutionen und Praktiken des Peronismus mit der Anerkennung als Bürger und dem gesellschaftlichen Aufstieg; für die Anderen – unter ihnen auch die Radikalen – hingen diese mit dem institutionellen und moralischen Niedergang des Landes zusammen. Einmal an die Macht gelangt, versuchte die antiperonistische Opposition den Peronismus aus dem politischen Leben zu vertreiben. Dabei griff sie auf unterschiedliche Verbote zurück und etablierte eine durch Wahlverbannungen belastete Demokratie. Tatsächlich war die Frage nach dem Umgang mit dem Peronismus zwischen 1955 und 1973 das Hauptproblem auf der politischen Tagesordnung, zunächst der Zivilregierungen, nach dem Putsch 1966 auch auf der der Militärs.

Genauso wie der reformorientierte Flügel der konservativen Elite im Jahr 1912 im Umgang mit der Radikalen Partei, überzeugte sich schließlich im Jahr 1973 das antiperonistische Lager vom illusorischen Charakter jeder politischen Lösung ohne den Peronismus. Durch den eindeutigen Wahlsieg des PJ über die UCR setzte ein neuer Demokratisierungsprozess an. Dem Parteienwettkampf, in dem einst erbitterte Gegner miteinander konkurrierten, folgte eine geschichtsträchtige Geste: Die Führer beider Parteien, Juan D. Perón und Ricardo Balbín, trafen ein institutionelles Abkommen, um den bis dahin die Beziehungen innerhalb der politischen Klasse kennzeichnenden, ausschließenden Stil zu überwinden. Diese Vereinbarung allein reichte jedoch nicht aus, um den kaum verhüllten, aus der traditionellen Gegnerschaft beider Parteien herrührenden Bürgerkrieg zu stoppen. Auch Peróns charismatische Fähigkeiten reichten in dieser Schicksalsstunde nicht aus, die massiv vorgetragenen Forderungen der ihm folgenden Masse einzudämmen

und, seinem Aufruf zum politischen Wiederaufbau des Landes folgend, zu kanalisieren. Der unerbittliche Druck der rechten und linken Anhänger der Gewalt zerriss das institutionelle Abkommen und führte den Zerfall des öffentlichen Gewaltmonopols inner- und außerhalb des Staates herbei.

Im Juli 1974 hinterließ der Tod des Präsidenten Perón ein Land, das in Unregierbarkeit und totalem Gewaltsausbruch versank. Die Agonie, die zu beenden die legale Opposition nicht die Kraft aufbrachte, endete im März 1976, als das Militär einmal mehr eingriff und die Macht übernahm, ohne dabei auf einen nennenswerten Widerstand von Seiten der durch das politische Chaos und die wirtschaftspolitische Unbeherrschbarkeit ermatteten Öffentlichkeit zu stoßen. Im Rückblick stellt der durch die Militärs beendete Versuch ein extremes Beispiel für das Scheitern der führenden Eliten dar, jenen Partizipationswellen eine Richtung zu geben, die zuerst Ende des 19. Jahrhunderts und dann ab den vierziger Jahren in die politische Gemeinschaft einmündeten.

Im Jahr 1983 bot sich dann eine neue demokratische Chance vor dem Hintergrund zweier mit Gewalt und Krise belasteter Erfahrungen, die das kollektive Bewusstsein der Argentinier bestimmten: der Rückkehr des Peronismus an die Macht und seines Sturzes sowie der blutigen Militärdiktatur.

2. Ein neuer Anfang. Der Wahlprozess 1983-1995

Die UCR drückte unter der Führung ihres Präsidentschaftskandidaten Raúl Alfonsín die Sehnsüchte nach einem Neubeginn am besten aus. Der Aufruf der Radikalen, die Grundlagen für einen Rechtsstaat zu schaffen und das Gesetz und die Verfassung zu respektieren, sowie Alfonsíns Appell an "alle, die sich vor dem Gesetz, aber nicht vor einem anderen Mensch beugen wollen", waren jene Faktoren, die ihm die mehrheitliche Unterstützung sicherten. Mit 51,75% der Stimmen gelang es damals der UCR, den justizialistischen Kandidaten Italo Luder zu besiegen, der lediglich 40,16% erhielt – ein bis zu diesem Datum undenkbares Ergebnis. In kaum geringerem Maße wiederholte sich die Stimmenpolarisierung in den Ergebnissen der gleichzeitigen Parlamentswahlen. Obwohl 29 Parteien bzw. Wahlbündnisse miteinander konkurrierten (Corbacho 1988), bekam die UCR 48% der Stimmen und der PJ 38,6%.

In diesen Gründungswahlen wurde das Muster zweier konkurrierender Parteien deutlich sichtbar. Auf die UCR und den PJ konzentrierten sich 91,9% der Stimmen für die Präsidentschaft und 86,6% für das Parlament. Allerdings waren diese Ergebnisse keine Neuigkeit. Seit 1916 waren die

zivilen Präsidenten entweder Radikale oder Peronisten. Dieses Muster veränderte sich allmählich in den darauf folgenden Abstimmungen bis zum Bruch in den Präsidentschaftswahlen 1995. Der justizialistische Präsident Menem wurde in diesen Wahlen mit 47,7% der Stimmen wiedergewählt, während der UCR-Kandidat nur 16,4% bekam und von einer neuen politischen Kraft, der FREPASO, mit 28,2% überholt wurde. Diese Veränderungen wie jene in den Wahlen 1997 und 1999 rechtfertigen die Einteilung des untersuchten Zeitraums in zwei Abschnitte: 1983-1995 und 1997-1999. Die Parlamentswahlen 2001 verdienen einen gesonderten Abschnitt.

Um die Veränderungen des argentinischen Parteiensystems korrekt darstellen zu können, bedarf es zunächst einiger Anmerkungen zum argentinischen Wahlsystem. Wegen des präsidentialen Systems und der föderalen Verfassung des Landes finden die Wahlprozesse – wenn man von den kommunalen Wahlen absieht –, auf zwei Ebenen – der nationalen und der provinziellen – statt. Anders als bei parlamentarischen Systemen muss man dann bei den landesweiten Wahlen zwischen der Stimmabgabe für die Präsidentschaft und der für den nationalen Kongress unterscheiden. Da Argentinien aber einen föderalen Staatsaufbau aufweist, sind der Zentralstaat und die Provinz-Teilstaaten wiederum miteinander durch die indirekte Wahl der Bundessenatoren durch die Provinzparlamente verschränkt.¹ Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Präsidentschafts- und Kongresswahlen wegen der *mid-term elections* nicht immer zeitlich zusammenfallen. Diese Konfiguration des Wahlprozesses bietet die Chance, den Parteienwettbewerb je nach Wahl zu gestalten. Anders ausgedrückt, sie schafft Anreize dafür, dass sowohl die Art des Wahlangebots variiert wie die parteipolitischen Trennlinien, die den Wählern suggeriert werden. Deshalb ergeben sich je nach Wahltypus andere politische Konstellationen.

In der Fachliteratur über das argentinische Parteiensystem wird zumindest bis zum Jahr 1995 übereinstimmend eine Kombination von Zweiparteien- für die Präsidentschaftswahlen und Mehrparteiensystem für die Parlamentswahlen festgehalten. Gewiss begünstigen die Präsidentschaftswahlen die Polarisierung der Stimmen, weil nur ein Mandat zur Verfügung steht und der bis 1995 geltende indirekte Weg für die Präsidentschaftswahl – durch die absolute Mehrheit eines Wahlmännerkollegiums – diesen Gegensatz zuspitzt. Hingegen favorisiert die Wahl der Abgeordneten durch das Verhält-

¹ Bei den Kongresswahlen am 19.10.2001 trat zum ersten Mal der Passus der Verfassungsreform von 1994 in Kraft, der die direkte Wahl der Senatoren durch die Wähler vorsieht [Anm. d. Ü.].

niswahlverfahren nach D'Hont – mit einer Mindestgrenze von 3% der Stimmen – eine größere Fragmentierung des Wahlangebots. Die folgende Tabelle verdeutlicht die von 1983 bis 1995 zwischen beiden Wahltypen stattgefundenen Verschiebungen in der Konzentration der Stimmen auf die UCR und den PJ:

Konzentration der Stimmen (UCR + PJ)

Jahr	Präsidentenwahl	Kongresswahlen
1983	91,91%	85,86%
1985		77,80%
1987		78,70%
1989	79,75%	72,97%
1991		69,28%
1993		68,90%
1995	67,00%	64,80%

Bei den Präsidentenwahlen ging die Stimmenkonzentration von 91,9% im Jahr 1983 auf 67% im Jahr 1995 zurück, während bei den Kongresswahlen die Konzentrationsrate von 85,86% auf 64,8% abnahm. Wie wir im Folgenden zeigen, war der Radikalismus bis zum Tiefpunkt 1995 diesbezüglich der Hauptbenachteiligte.

Zum Verständnis dieser Entwicklung liefert eine detailliertere Analyse der Wahlen 1983 ein erstes Indiz. Damals, nach dem Zusammenbruch der Diktatur, wurden alle Wahlmandate neu besetzt und die Wähler gaben ihre Stimmen unterschiedlich für nationale, provinzielle bzw. lokale Ämter ab. Da jeweils getrennt gewählt wurde, hatte ein Teil der Wähler keine Bedenken, den Kandidat der einen Partei für ein Mandat zu wählen, den einer zweiten Partei für das andere Mandat. Zum Zweck unserer Untersuchung interessiert vor allem, die Verteilung der Präferenzen bei den Wahlen des Staatspräsidenten, der Abgeordneten des nationalen Kongresses und der Provinzgouverneure miteinander zu vergleichen (Botana/Mustapic 1991: 45-92).

Bereits die Betrachtung der Gesamtwerte, auch wenn diese nicht so genau sind, macht das selektive Wählerverhalten deutlich. Neben den knappen 52% für den UCR-Präsidentenwahlkandidaten bekamen die radikalen Kandidaten für die Abgeordnetenkammer 48%, aber ihre Partei gewann nur 7 (32%) der 22 Provinzgouverneursposten. Dagegen erhielt der Justizialismus

nur 40% für seinen Präsidentschaftskandidaten, 38% für seine Abgeordneten, aber 12 (54%) Gouverneursposten. Naturgemäß verdecken solche pauschalen Angaben einige besonders interessante Fälle. Zum Beispiel erhielt die UCR in der Hauptstadt Buenos Aires 15 Prozentpunkte mehr in der Präsidentschaftswahl als für den nationalen Kongress (64% für die Präsidentschaft und 49% für die Abgeordnetenversammlung). Dagegen betrug der Unterschied bei den justizialistischen Stimmen nur drei Prozentpunkte: 27% bei der Präsidentschafts- und 24% bei der Kongresswahl. Für die Provinz Catamarca lauten die Werte für die UCR: 47% für die Präsidentschaft, 42% für den Kongress und 36% für die Provinzregierung; für den PJ lauten die entsprechenden Werte 44%, 42% und 40%. In der Provinz Salta waren die Ergebnisse für den Radikalismus noch disparater: 45% für die Präsidentschaft, 42% für die Abgeordnetenmandate und nur 27% für die Provinzregierung. Der PJ hingegen erhielt 45% sowohl für die Präsidentschaft als auch für den Kongress und erreichte 51% für das Gouverneursamt. Ähnliche Situationen ergaben sich auch in anderen Wahlbezirken.

Die genannten Zahlen unterstreichen die Unterschiede zwischen den radikalen und den peronistischen Voten. Während die UCR eher Meinungsstimmen erhielt, bekam der PJ wegen seiner größeren internen Homogenität einen großen Prozentsatz an Zugehörigkeitsstimmen. Hatte tatsächlich der radikale Präsidentschaftskandidat die Mehrheit der Stimmen auf sich vereint, verteilten sich diese jedoch in unterschiedlicher Weise bei den Wahlen für die Abgeordnetenversammlung für die Provinzregierungen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die unterschiedliche Stimmabgabe für die radikalen Kandidaten im Zusammenhang mit der wachsenden Wahlpräsenz für andere Kräfte steht, die wir gleich behandeln werden. Demgegenüber bekam der PJ ungefähr die gleiche Stimmzahl für alle drei Ämterebenen.

Ab 1987 bis zum Höhepunkt 1995 entfalteten sich die der Stimmenabgabe von 1983 innewohnenden Möglichkeiten mit aller Deutlichkeit und brachten drei Erscheinungen zutage. Erstens nahm die Wählermobilisierung der UCR ab, zweitens blieb die Wählerunterstützung für den PJ unverändert auf hohem Niveau und schließlich spielten die "dritten" Kräfte eine immer wichtigere Rolle. Ein Vergleich der Wahlen für die Abgeordnetenversammlung im Zeitraum 1983-1995 verdeutlicht, dass die UCR fast 27 Prozentpunkte verlor, während der PJ seinen Stimmenanteil bei durchschnittlich ungefähr 40% halten konnte. So siegte der Letztere bei allen Parlamentswahlen zwischen 1987 und 1995, wodurch sich das Parteiensystem dem der Einpartei-

en-Dominanz annäherte. Die "dritten" Kräfte erhöhten ihren Stimmenanteil von 13% im Jahr 1983 auf 27% im Jahr 1993.

Von besonderem Interesse ist in unserem Zusammenhang die Frage, wohin die radikalen Stimmen abwanderten. Die Wahlforschung (De Riz/Adrogué 1991: 121-176; Adrogué 1995: 27-70; De Riz 1996: 25-39) stellt einstimmig die Abwanderung vor allem jener Stimmen, die 1983 dem Radikalismus zum Sieg verhalfen, zu "dritten" Kräften rechts und links von der ideologischen Mitte fest. Dieses Wachstum wies jedoch sehr unterschiedliche Merkmale auf. An erster Stelle finden wir den Aufstieg von Provinzparteien, so zum Beispiel des Liberal-Autonomistischen Pakts (PAL) in Corrientes, der Volksbewegung Neuquens (MPN), des Blockismus (*Bloquismo*) in San Juan, der Demokratischen Partei Mendozas (PDM), der Volksbewegung Feuerlands (MPF) oder der Republikanischen Kraft (FR) in Tucumán. Diese Parteien erlangten Mandate im nationalen Kongress und einige von ihnen stellten bzw. stellen die Mehrheit in ihren jeweiligen Provinzen.

An zweiter Stelle stehen Parteien mit ständig wechselndem Wahlerfolg. Besonders interessant ist die Demokratische Zentrumsunion (UceDé), eine politisch konservative bzw. wirtschaftspolitisch neoliberale Partei mit Basis in der Hauptstadt. Nach 10% der Stimmen in den Wahlen 1989 fiel sie auf 8,6% im Jahr 1991 und auf 3% in den Wahlen 1993 und 1995 zurück. Ähnlich erging es der Bewegung für die Nationale Würde (MODIN) mit einem auf die Provinz Buenos Aires konzentrierten Wählerpotential. Unter der Führung des nach dem Aufstand der so genannten "bemalten Gesichter"² in der Karwoche 1987 in den Ruhestand versetzten Oberst Aldo Rico erhielt die MODIN 9% der Stimmen in den Wahlen 1991, kam im Jahr 1993 auf 11,8% und fiel im Jahr 1995 auf ganze 1,6% zurück. Allerdings unterstützte der Großteil dieser Kräfte die Regierung Menem, was zur Folge hatte, dass ihr Wählerpotential von dem PJ aufgesaugt wurde.

Keine der erwähnten kleineren Parteien hatte eine landesweite Verbreitung, keine war und ist im Stande, die Vorherrschaft des PJ und der UCR auf dieser Ebene zu gefährden. Seit den Wahlen für den verfassungsgebenden

² Bei den Militäraufständen von 1987 bis 1989 gegen die Bestrafung von Militärangehörigen wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter der Militärdiktatur 1976-1983 traten die daran beteiligten Offiziere mit (mit Tarnfarben) bemalten Gesichtern in der Öffentlichkeit auf. Daher stammt ihre verbreitete Bezeichnung als *carapintadas* (bemalte Gesichter) [Anm. d. Ü.]

Konvent im Jahr 1994,³ noch stärker bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1995, erschien jedoch eine neue politische Kraft, die Front für ein solidarischeres Land (FREPASO), mit ernsthaften Chancen, die Vorherrschaft der UCR zu gefährden. Die FREPASO verdrängte die UCR von der zweiten Stelle in der Wählergunst, als ihr Präsidentschaftskandidat 28,2% der Stimmen erhielt. Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung konnte sie ihren Anteil von 2,5% der Stimmen im Jahr 1993 auf 21,2% in den Wahlen 1995 steigern. Das Auftreten der FREPASO und die darauf folgenden Wahlentwicklungen leiteten eine Phase der Parteienumbildung und des Wandels in ihrem Wettbewerbsmuster ein.

3. Die Umbildung des Parteiensystems. Die Wahlen von 1997 und 1999

Am Anfang der FREPASO standen einige wenige Abgeordnete, die sich vom PJ aus einer kritischen Haltung gegenüber der Menem'schen neoliberalen Wende und als Träger von ethischen Forderungen angesichts der Korruptionsskandale und der Zweifel an der Unabhängigkeit der Justiz abspalteten: die so genannte "Achtergruppe". Diese Abgeordnetengruppe gründete zu Beginn der neunziger Jahre die Große Front (*Frente Grande*, FG), ein auf die Hauptstadt und einige Teile der Provinz Buenos Aires beschränktes Bündnis, das die linken Kräfte sammeln sollte. Ihre Stärke bewies sie in den Kongresswahlen 1993 in der Hauptstadt Buenos Aires, als sie 13,6% der Stimmen erhielt und damit zur dritten Kraft in diesem Bezirk avancierte. Nach nur einem Jahr gewann 1994 die FG 37,6% bei den Wahlen zum verfassungsgebenden Konvent und damit die relative Mehrheit der Stimmen in der Hauptstadt. Landesweit kam sie auf 12,7%. Kurze Zeit später fusionierte die Front mit der PAIS, eine von Octavio Bordón (einen dissidenten PJ-Senator), mit einer größeren territorialen Verbreitung gegründete Partei. Die Vereinigung beider Kräfte bildete die FREPASO.

Trotz des vielversprechenden ersten Auftritts der FREPASO in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1995, mit nachhaltigen Erfolgen wie der Wahl ihrer Senatskandidatin für die Hauptstadt mit 45,56% der Stimmen, führten die internen Auseinandersetzungen dieses ohnehin heterogenen Bündnisses zum Rückzug der PAIS. Die Absichten der FREPASO, sich landesweit zu etablieren, waren damit gescheitert. Im Jahr 1997 veranlassten

³ Im April 1994 fand eine Abstimmung für die Wahl des verfassungsgebenden Konvents statt, der die Verfassung reformieren sollte. Unter den wichtigsten Verfassungsänderungen rangiert die Wiederwahl des Präsidenten, die Verkürzung seiner Amtszeit auf vier Jahre und die Einführung des Zweirundensystems (*Ballotage*) für seine Wahl.

jedoch mehrere Faktoren die Führer der FREPASO und der UCR zu einer strategischen Wende:

- die mit der Verfassungsreform 1994 eingeführten Änderungen bezüglich der Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten (Direktwahl mit Stichwahl);⁴
- die prädominante Wahlposition des PJ im Wahlsystem;
- die zunehmende Schwäche der UCR in den aufeinander folgenden Abstimmungen und
- die Zersplitterung der oppositionellen Kräfte.

All diese Faktoren rieten zur Vereinigung der oppositionellen Kräfte als einzigem Mittel, die Vorherrschaft des PJ zu beenden. Aus dieser Überzeugung heraus entstand kurz vor den Parlamentswahlen 1997 die Allianz, ein Wahlbündnis aus der UCR und der FREPASO.

In den Parlamentswahlen 1997 zeigte das Debüt der Allianz ihre Wirkung gegen eine, nach achtjähriger Machtausübung verbrauchte und von den Kritikern wegen der negativen Folgen ihrer Reformpolitik sowie ihrer Korruptionsskandale bedrängte Regierung. Die in der Allianz vereinten Parteien kamen zusammen auf 45,65% der Stimmen, der PJ auf lediglich 36,27%. In den Präsidentschaftswahlen 1999 gewann schließlich die Präsidentschaftsformel der Allianz, De la Rúa und Álvarez, 48,5% der Stimmen und errang damit einen eindeutigen Sieg über den PJ, der mit 38% seine schlechteste Wahlleistung seit seinem ersten Auftritt in den Wahlen 1946 erzielte. Dennoch war der Justizialismus der klare Sieger in den Gouverneurswahlen, von denen einige bereits vor den Nationalwahlen stattfanden. Er gewann in 14 von 23 Provinzen, unter ihnen in den drei wichtigsten (Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba).

Die Wahllandkarte wurde schließlich noch komplexer mit dem Auftreten einer neuen politischen Kraft, der Aktion für die Republik (APR), die unter der Führung vom Menems ehemaligen Wirtschaftsminister Domingo Cavallo sich von den übrigen Parteien abgrenzte. Sie bekam 10% der Stimmen für die Präsidentschaft und 8% für die Abgeordnetenkammer, während ihre Unterstützung entscheidend zum Wahlsieg des justizialistischen Kandidaten

⁴ In Argentinien wird bei den Präsidentschaftswahlen auch der Vizepräsident gewählt, der verfassungsgemäß auch Senatspräsident ist und dadurch potentieller Präsidentennachfolger in Krankheits- bzw. Todesfall oder nach der Absetzung des Staatsoberhaupts wird. So setzt sich die Wahlformel für die Präsidentschaftswahlen aus zwei Namen zusammen [Anm. d. Ü.]. Mit der Verfassungsänderung von 1994 wird der Präsident – und mit ihm der Vizepräsident – direkt und, falls notwendig, in zwei Gängen gewählt.

für den Gouverneurposten in der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, beitrug (Gervasoni 1999).

Setzt man die behandelten Wahlprozesse in Verbindung zu der Regierungsbildung, so lässt sich Folgendes feststellen: Nach dem Rückzug der Militärs in die Kasernen begann der Demokratisierungsprozess mit einem Zweiparteiensystem. In einem parlamentarischen System sichert das Zweiparteiensystem einer Partei die Mehrheit und Koalitionen sind folglich unnötig. Da aber in einem Präsidialsystem zwei unterschiedliche Wahlen – für die Exekutive und für die Legislative – stattfinden, kann eine “gespaltene Regierung” zu Stande kommen. In diesem Fall steht der Kongress – eine bzw. beide seiner Kammern – in Opposition zur Regierung. Diese Konstellation ergab sich unter der Regierung Alfonsín. An anderer Stelle merkten wir bereits an, dass die nationale und die Provinzebene durch die indirekte Senatorenwahl verbunden sind. Während der Amtszeit Alfonsíns kontrollierte der PJ wegen seiner Vorherrschaft in den Provinzregierungen den Senat und verfügte damit über eine maßgebliche institutionelle Vetobefugnis. Auch wenn Präsident Menem von einer für ihn günstigeren Verteilung der Kongresssitze profitierte als sein Vorgänger, hatte er nur von 1995 bis 1997 die absolute Mehrheit in beiden Kammern. Trotz dieser Machtverteilung, die für die Regierung Alfonsín ungünstiger als für jene Menems war, förderte die Logik des Wettbewerbs zwischen zwei Parteien die Bildung einer von einer Partei gestellten Regierung. So geschah es auch in beiden Amtszeiten. In keiner der beiden Perioden griff man auf die Bildung einer Koalitionsregierung zurück. Vielmehr versuchten die jeweiligen Regierungen, wechselnde parlamentarische Mehrheiten je nach den zu behandelnden Themen zu Stande zu bringen. Alfonsín musste der Senatsmehrheit dem PJ Zugeständnisse machen, während Menem sich auf dritte Parteien, insbesondere die UceDé und einige regionale Kräfte stützte.

Das ursprüngliche Muster, das Radikale und Justizialisten in einem Nullsummenspiel gegenüber sah, wurde allmählich durch ein Mehrparteiensystem mit einer vorherrschenden Partei (dem PJ) abgelöst, das in den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen 1995 seinen deutlichen Niederschlag fand. Auf der einen Seite stand der Justizialismus, auf der anderen Seite die Opposition, die sich wie folgt zusammensetzte: Zwei Parteien – die UCR und das neue Wahlangebot, die FREPASO – kamen auf insgesamt 43% der Stimmen, weitere Parteien auf 13%. Von diesen Ergebnissen ausgehend, setzten die Minderheitsparteien die Bedingungen für die nächsten Wahlen. Wie bereits erwähnt, bildeten die UCR und die FREPASO die Allianz, die

bei den Präsidentschaftswahlen 1999 siegte. Dieses neue Wettbewerbsmuster veränderte die Regierungsbildung, die – zum ersten Mal in der Geschichte Argentiniens – von einer Koalition übernommen wurde.

Das Regieren mit Koalitionen ist schwieriger als mit einer einzigen Partei, umso mehr, wenn es keine diesbezüglichen Erfahrungen gibt. Die Schwierigkeiten zwischen den Koalitionsmitgliedern wurden so auch bald nach der Amtsübernahme offensichtlich und spitzten sich zu, als Carlos Álvarez, Vizepräsident und FREPASO-Chef, sein Regierungsamt niederlegte. Zu den regierungsinternen Problemen gesellten sich die von der justizialistischen Opposition geschaffenen, die die Kontrolle über den Senat behielt. Wegen dieser politischen Faktoren und einer durch eine anhaltende Rezession und das Risiko der Zahlungsunfähigkeit gekennzeichneten wirtschaftlichen Lage ergab sich eine sehr magere Regierungsleistung.

Die Parlamentswahlen im Oktober 2001 versetzten der Koalitionsregierung den letzten Schlag. Was sie bedeuteten, lässt sich am besten durch einen Vergleich mit den Parlamentswahlen von 1999 herausarbeiten.⁵

	Alianza	PJ	APR	ARI	Leere Stimmzettel	Ungültige Stimmzettel
1999	7.590.034	5.476.625	1.374.675	-	819.384	161.760
%	41,3	29,8	7,5		4,5	0,92
2001	3.058.569	4.809.495	174.068	1.078.096	1.704.514	2.262.332
%	16,9	26,6	1,0	6,0	9,4	12,5

Die Tabelle verdeutlicht den dramatischen Stimmenverlust der Alianza – sie verlor nicht weniger als 4.531.465 Stimmen – und der Aktion für die Republik (APR) – 1.200.607 –, während die Peronisten lediglich 667.130 Stimmen einbüßten. Die großen Verlierer auf der nationalen Ebene waren – daran bestand kein Zweifel – die Alianza und die APR, während, wie einige Autoren (Escolar/Calvo 2000) unterstreichen, die großen „Gewinner“ jene waren, die leere bzw. ungültige Stimmzettel abgegeben hatten. Die Presse bezeichnete dieses Votum als Proteststimme (*voto bronca*), während gleich-

⁵ In den Parlaments- und Provinzwahlen vom 19. Oktober 2001 gewann der PJ die Mehrheit in beiden Kammern des nationalen Kongresses sowie in den Kongressen der meisten Provinzen, unter ihnen in Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba. Die Allianz setzte sich nur in der Hauptstadt Buenos Aires und in der Provinz Chaco durch. Schließlich stellt der PJ seit Anfang Dezember 2001 den Senatsvorsitzenden und damit den zweiten Mann im Staat.

zeitig mit der Partei "Argentinier für eine Republik der Gleichen" (ARI) eine neue politische Strömung auf der politischen Bühne auftrat.

Dieses ungewöhnliche Wahlergebnis macht deutlich, dass der Umgruppierungsprozess im argentinischen Parteiensystem weiter anhält. Dabei heben tiefere Wahlanalysen (Escobar/Calvo 2002) zwei Aspekte besonders hervor: zum einen die Stabilität des peronistischen Votums im Gegensatz zur Fluktuation der Stimmabgaben für andere politische Kräfte; zum anderen die Mitte-Rechts-Herkunft der ungültigen Stimmen. Im Ergebnis lässt sich beobachten, dass diejenigen, die noch 1999 für die Alianza stimmten, dies 2001 nicht mehr taten, sich vielmehr in erster Linie für Mitte-Links- und Links-Parteien entschieden. Von diesem Schwenk profitierte vor allem die ARI, während die Wähler der ARP, der Partei des Ex-Wirtschaftsministers Cavallo, vor allem leere Stimmzettel abgaben. Dies heißt, dass die Mitte-Rechts-Wähler kein attraktives Wahlangebot vorfanden und damit mehrheitlich sich für den *voto bronca* entschieden.

4. Trennlinien und soziale Basis

Bislang haben wir uns mit den Wahlen und Regierungen befasst. Jetzt werden wir uns den Trennlinien zwischen den Parteien und deren gesellschaftlichen Stützen widmen. Bezüglich der Parteien ist festzuhalten, dass sie nicht aus gesellschaftlichen *clivages* um die Rechts-Links-Achse entstanden. Sie betraten die politische Bühne unterstützt von undifferenzierten und heterogenen Wählerschaften und ausgestattet mit schwach strukturierten Programmen. Insbesondere beim Versuch, die Entwicklung der europäischen Massenparteien aus ihrer Klassen- bzw. Konfessionsbindung heraus zu erklären, hat man dieser Art von Parteien das Attribut *catch-all* beigelegt. Wie zahlreiche Studien beweisen, sind aber diese von den Forschern als zeitgenössische Entwicklungstendenzen der europäischen Parteien erkannten Merkmale im Grunde genommen dieselben, die die Prozesse in flexibleren und weniger strukturierten Gesellschaften, wie denjenigen der USA und Lateinamerikas, von Beginn an charakterisierten. Bevor die Bezeichnung entstand, waren unsere Volksparteien schon *Catch-all*-Parteien, die breite und mitunter kuriose Mischungen in sich verbanden. Dafür stellt der PJ ein paradigmatisches Beispiel dar. Diesem soll im Folgenden nachgegangen werden.

Das Aufkommen des Peronismus Mitte der vierziger Jahre brachte eine nachhaltige Umgestaltung der gesellschaftlichen Basis der Parteibindungen hervor. Die sich damals herausbildende Strukturierung der politischen Präfe-

renzen wiederholte sich lange Zeit ohne nennenswerte Veränderungen. Das Wahlbündnis, das Perón an die Macht brachte, kam 1946 in äußerst knapper Zeit zustande. Es vereinte Stimmen aus dem gesamten damaligen Parteienspektrum: dem Sozialismus, dem Radikalismus sowie aus der Konservativen Partei. Die Wähler gehörten allesamt zu den unteren Volksschichten, d.h. zu den städtischen, gewerkschaftlich organisierten Industriearbeitern, die zuvor die Sozialistische Partei gewählt hatten, aber auch zu den unteren und Mittelschichten aus dem Landesinneren, die bislang Konservativen und Radikalen ihre Stimmen gegeben hatten. Der neu entstandene Peronismus raubte somit den anderen Parteien ihre Basisverankerung. Gegenüber diesem verhältnismäßig homogenen und zusammenhaltenden Pol kamen die nicht-peronistischen Stimmen aus den oberen und Mittelschichten, die sich auf drei Parteien verteilten: an erster Stelle die UCR, mit Abstand dann die Splitterparteien rechts und links von der Mitte.

Insbesondere Manuel Mora y Araujo (1988) – dem wir in diesem Punkt folgen – beschäftigte sich intensiv mit den wechselseitigen Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Spaltungen und politischen Trennlinien. Seine erste zusammenfassende Darstellung des peronistischen Wahlbündnisses unterschied zwei Segmente des Peronismus: Die städtischen Arbeiter mit gewerkschaftlicher Tradition und die für populistische Appelle empfänglichen untersten Schichten und Mittelschichten im Landesinneren. Das proletarische Profil des peronistischen Votums konzentriert sich nach Mora und Araujo vor allem in den modernisierteren Landesteilen, während die peronistische Wählerschaft in den ländlichen Gebieten gleichzeitig eine größere Heterogenität und Pluralität aufwies. Die Fähigkeit, beide gesellschaftspolitischen Erscheinungen miteinander zu verbinden, begründete die Stärke des peronistischen Bündnisses.

In jüngeren Beiträgen behandelte Mora y Araujo mit größerer Detailgenauigkeit die gesellschaftlichen Grundlagen des peronistischen Votums (Mora y Araujo 1991). So konnte er nachweisen, dass das peronistische Bündnis beinahe alle ärmsten Gruppen der argentinischen Gesellschaft umfasste. Dazu kamen fast alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten neben einem etwas geringeren Teil der mittleren und kleinen Selbständigen und Unternehmer (Kaufleute und Kleinunternehmer sowie Handwerker und Landwirte). Die in unterschiedlichen Verhältnissen zum peronistischen Votum beitragenden Komponenten der Sozialpyramide spalteten die Gesellschaft in zwei Lager. Unterhalb der sie trennenden Linie findet man mehr-

heitlich peronistische Stimmen; oberhalb derselben werden im Allgemeinen eine Vielzahl an Parteien außer dem Peronismus gewählt.

Vor diesem Hintergrund stützte sich das Gleichgewicht der argentinischen Politik lange Zeit auf zwei Faktoren: Zum einen auf die Schwierigkeiten der nicht-peronistischen Parteien, die Trennlinie zu überschreiten und Unterstützung unterhalb derselben zu finden. Zum anderen auf die Schwierigkeiten dieser Kräfte, oberhalb der Trennlinie breite Bündnisse durch die Addition der nicht-peronistischen Stimmen zu bilden. Solange diese Schwierigkeiten fortbestanden, verteidigte das peronistische Bündnis erfolgreich seine Wahlvorherrschaft.

Als das Land 1983 zur Demokratie zurückkehrte, erfuhren die starren Parteiausrichtungen bedeutsame Veränderungen. Der UCR-Kandidat Raúl Alfonsín siegte dank der Kombination von zwei verschiedenen Faktoren. Zum einen dank der Abwanderung einer kleinen, aber entscheidenden Zahl von peronistischen Stimmen zum Alfonsín-Lager. Diese Wähler waren Facharbeiter und Angestellte, sie gehörten also in der Terminologie Catterbergs (Catterberg 1989) zur so genannten "wenig strukturierten Schicht". Damit unterscheidet er sie von den nicht-qualifizierten Arbeitern und den ärmsten Schichten. Die Stimmenwanderung von unterhalb nach oberhalb der Trennlinie fiel mit der Wirkung des zweiten Faktors zusammen, als Alfonsín den Zufluss von Stimmen aus den mittleren und Oberschichten mit mitrechten und linken Loyalitäten und die mangelnde Kohäsion des peronistischen Votums für seinen Sieg ausnutzte, alles unter den Bedingungen einer starken Polarisierung. In den Jahren nach 1983 musste die UCR dann allerdings die von Links und Rechts erhaltenen Stimmen Schritt für Schritt zurückzugeben, bis der Peronismus in den Wahlen 1989 seine Vorherrschaft wieder behauptete und Carlos Menem die Präsidentschaft übernahm.

Seit den Parlamentswahlen 1991 stellen wir eine erneute Veränderung in den Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Spaltungen und politischen Trennlinien fest. Nach Menems wirtschaftspolitischer Wende wanderten wieder Stimmen durch die von Mora y Araujo (1991) erkannte Linie ab, aber dieses Mal von oben nach unten: Die oberen Schichten fielen von der Mitte-rechtspartei UceDé und der UCR ab und schlossen sich dem traditionellen peronistischen Votum an. Dadurch entstand in der argentinischen Politik ein neuartiges Bündnis, das Sektoren versammelte, die seit den vierziger Jahren auf verschiedenen Seiten der damals gezeichneten Trennlinie in erbitterter Gegnerschaft zueinander standen.

5. Schlussfolgerungen

In den Oktoberwahlen 1983 erneuerten die Argentinier ihre Unterstützung für die zwei traditionellen Parteien. In den Wahlen der folgenden Jahre bröckelte dieser Rückhalt nach und nach ab. Wie Gervasoni (1999) zu Recht betont, haben es die Parteien heutzutage mit einem "intelligenteren" (*más sofisticado*) Wähler zu tun, den wir einen "weltlichen Wähler" nennen können, der seine Entscheidungen in der Wahlkabine vorwiegend nach der Beurteilung des Wahlangebots trifft. Dies bedeutet auch, dass dieser Wähler aufmerksam die Leistungen der verschiedenen Regierungen verfolgt, bevor er sich entscheidet, und dass er auch seine Stimmabgabe unter den verschiedenen Parteien je nach den zu vergebenden Ämtern teilt.⁶

Aus einer längerfristigen Perspektive betrachtet, haben diese Veränderung im Wählerverhalten ein Parteiensystem hinterlassen, das sich auf eine Mehrheitspartei – der PJ – in Verbindung mit mehreren Minderheitsparteien mit ungewissen Koalitionsfähigkeiten untereinander stützt. Nach den letzten Wahlen begannen sich die Anhänger der APR wie der FREPASO aufzuteilen: Die Alianza hielt sich lediglich im Stadtdistrikt Buenos Aires, während die UCR sich auf sich selbst konzentrierte und auf diese Weise versuchte, diese erneute Schwächung zu verkraften.

Insgesamt besteht kein Zweifel: Das Parteiensystem befindet sich in Bewegung. Zugleich wurde mit der jüngsten Krise ein beunruhigendes Defizit deutlich: das Fehlen ausreichender politischer Alternativen, die die Wählerpräferenzen zu kanalisieren vermögen. Der hohe Anteil der Stimmenthaltungen bzw. leeren Stimmzettel in den Oktoberwahlen sind ein klarer Ausweis dieses Mankos. Diese Repräsentationskrise weitete sich in jüngster Zeit zu einer Zurückweisung der gesamten politischen Klasse aus, artikuliert in Massenprotesten und Stadtteilversammlungen. Die entscheidende Frage, die sich aus dieser Konjunktur ergibt, ist, in welcher Weise sich das Parteiensystem verändern wird, um mit den neuen Herausforderungen fertig zu werden.

⁶ In den Präsidentschaftswahlen 1999 erhielt z.B. der Allianz-Kandidat De la Rúa in der Provinz La Pampa 52,4% der Stimmen gegenüber 40,8% für den justizialistischen Kandidaten. In den gleichzeitig stattgefundenen Gouverneurswahlen wurde jedoch der PJ-Bewerber mit 56,6% der Stimmen gegenüber 39,8% für den UCR-Anwärter wieder gewählt.

Literaturverzeichnis

- Adrogué, Carlos (1995): "El nuevo sistema partidario argentino". In: Acuña, Carlos H. (Hrsg.): *La nueva matriz política argentina*. Buenos Aires: Nueva Visión, S. 27-70.
- Botana, Natalio/Mustapic, Ana M. (1991): "La reforma constitucional frente al régimen político argentino". In: Nohlen, Dieter/De Riz, Liliana (Hrsg.): *Reforma institucional y cambio político*. Buenos Aires: CEDES-Legasa, S. 45-92.
- Catterberg, Edgardo (1989): *Los argentinos frente a la política. Cultura política y opinión pública en la transición argentina a la democracia*. Buenos Aires: Planeta.
- Corbacho, Alejandro (1988): "Elecciones y representación: un enfoque experimental sobre sistemas electorales en la Argentina: 1972-1985". In: *Documento de Trabajo 102*. Buenos Aires: IDTD.
- De Riz, Liliana (1996): "Argentine: les élections de 1991 à 1995". In: *Problèmes d'Amérique latine*. Paris, 20: 25-39.
- De Riz, Liliana/Adrogué, Carlos (1991): "Democracia y elecciones en la Argentina: 1983-1989". In: Nohlen, Dieter/De Riz, Liliana (Hrsg.): *Reforma institucional y cambio político*. Buenos Aires: CEDES-Legasa, S. 237-295.
- Escolar, Marcelo/Calvo, Ernesto (2002): *Transferencia electoral y reestructuración partidaria en la elección federal argentina 2001*. Programa de Estudios Electorales y Legislativas (PEEL), UTDT, Januar.
- Gervasoni, Carlos (1999): "What the Recent Election Means". In: *Comments on Argentine Trade*. Buenos Aires, 81.10: 29-33.
- Mora y Araujo, Manuel (1988): "La estructura social del peronismo, 1983-1987". In: Miguens, José Enrique/Turner, Frederick C. (Hrsg.): *Racionalidad del peronismo*. Buenos Aires: Planeta.
- (1991): "El cuadro político y electoral argentino". In: Nohlen, Dieter/De Riz, Liliana (Hrsg.): *Reforma institucional y cambio político*. Buenos Aires: CEDES-LEGASA, S. 207-235.